

Dieter Bingen

Was kann die junge Generation aus den „dunklen Jahrzehnten“ für eine gesicherte demokratische Zukunft der beiden Länder und ihre binationale Verständigung heute lernen?

Lernen können wir aus den Verhältnissen zwischen Deutschen und Polen in den vergangenen 60 Jahren, aber noch viel mehr aus dem Drama der Barbarei zuvor, dass die unabdingbare Voraussetzung für eine dauerhafte und in den Gesellschaften verwurzelte Verständigung zwischen Nationen und Völkern eine freie und demokratische Gesellschaften sind. Im demokratischen Rechtsstaat sind jegliche Sanktionen für Abweichungen von einem mainstream von Ansichten und negative Sanktionen für engagiertes Verhalten, das von einer Gruppennorm abweicht oder ihr widerspricht, berechenbar und begrenzt, in totalitären Diktaturen und autoritären Regimen dagegen nicht kontrollierbar.

Dies lehrt uns die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 in ihren aufeinanderfolgenden Phasen. Ich möchte kurz auf deren grundsätzliche Ausgangsbedingungen und Faktoren eingehen.

Die erste Phase nach 1945 beschreibt zuerst einmal die Hindernisse:

- das gegenseitig zugefügte Leid und der Umgang damit;
- das Verhältnis zur Geschichte, der jüngsten und der weiter zurückliegenden;
- die neuen politischen Bedingungen: pluralistische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland und stalinistische Diktatur in der DDR und in Polen.

Bei Bewusstseinsveränderungen handelt es sich auch in freien Gesellschaften um langzeitliche und schwierige Prozesse, die aber hier, in demokratischen und freien Rechtsstaaten, leichter vonstatten gehen als in geschlossenen, autoritären Gesellschaften bzw. Staaten. Diese Prozesse spielen sich in der offenen Gesellschaft sich in einem dialogischen, bisweilen polemischen Stil und authentisch, von unten nach oben wirkend, ab, während sie in diktatorischen Systemen von oben erzwungen werden, wobei nur Verhaltensänderungen kontrolliert und positiv oder negativ sanktioniert werden können, nicht aber Bewusstseinsveränderungen, es sei denn, Bewusstseinsveränderungen brechen sich gegen den Widerstand und die Macht der Deutungshoheit der Staatsmaschine Bahn. Solche Äußerungen sind mit sehr viel mehr Kraftanstrengung und notwendigerweise Zivilcourage verbunden als dies in Demokratien der Fall ist.

Rückschauend lässt sich aber sagen, dass Mut und Zivilcourage nach 1945 in allen drei Staaten, der Bundesrepublik, der DDR und Polen vonnöten war, wenn man den Weg der Verständigung gehen wollte – wie gesagt mit unterschiedlichen „Bestrafungen“ verbunden, je nach dem, ob man in Deutschland West oder Deutschland Ost oder in der VR Polen lebte und agierte. Wer sich im deutsch-polnischen Verhältnis also zur Unzeit, z.B. zur Zeit des Kalten Krieges im Geltungsbereich des Grundgesetzes aufhielt, konnte demnach mit bestimmten Verständigungs- und Versöhnungsangeboten gegen eine Mehrheitsmeinung in der westdeutschen Gesellschaft votieren. Couragiertes Verhalten war angesichts eines skeptischen oder abweisenden Mainstreams beispielsweise mit der Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in den 50er oder 60er Jahren sicherlich verbunden. Aber Verfolgung oder bürgerliche Ächtung war mit einem solchen Engagement nicht verknüpft. Im kommunistischen Polen war das Risiko für tabubrechende Verständigung mit den Deutschen beispielsweise für die katholische Kirche mit ihrem Versöhnungsbrief von 1965 sehr viel größer. Prompt folgte auch eine politische Repression.

Was ganz unabdingbar für die Entstehung von Zivilcourage ist, ist ein Wertefundament, eine Werteordnung, die das individuelle Selbstbewusstsein entwickelt und stärkt, wobei es letztendlich um eine personalistische Werteordnung gehen muss. Nur wer die herausragende Bedeutung der menschlichen Person, jeder einzelnen menschlichen Person und die Einmaligkeit des Individuums zu schätzen weiß, wird auch in sich selbst die Kraft und das Selbstbewusstsein finden, nein zu sagen und sich gegen eine Mehrheit zu stemmen, die anderer Meinung ist. Das Gewissen ist eine Individualkategorie. Vor allem hat es nichts automatisch mit formaler Bildung und mit Intelligenz zu tun, sondern mit einer Form von Humanität und Mit-Menschlichkeit. Ohne Zweifel ist die Lehre des Christentums im Falle der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 für die beiden Gesellschaften, sowohl die beiden deutschen als auch die polnische eine Wertegrundlage gewesen, die zumindest theoretisch den Zugang zum Nächsten im anderen Lande hätte erleichtern sollen. In der realen Entwicklung der Annäherung zwischen Deutschen und Polen waren es tatsächlich viele evangelisch und katholisch geprägte Menschen und Gruppen, die die Verständigung suchten, nicht immer im Mainstream der Großkirchen und deren Repräsentanten, aber bewusst als katholische bzw. evangelische Christen handelnd. Der Glaube gab ihnen für ihr mutiges, zivilcouragiertes Handeln Kraft.

Die Entwicklung der deutsch-polnischen Verständigung ist auch Beleg dafür, dass das Christentum nur dann zur Versöhnung anleitet, wenn es nicht als nationale Ideologie oder Staatsreligion verstanden wird, sondern vom Personalismus getragen wird. Andernfalls degeneriert die christliche

Religion zu einem nationalistischen Kampfinstrument; sie wird zum Gift einer Nationalreligion und eines evangelischen bzw. katholischen Kollektivismus; z.B. in Polen heute von seiten eines vorkonziliaren Hass sähenden und Ängste verbreitenden Radiosenders (Radsio Maryja) und von Parteien, die sich ohne Zustimmung der katholischen Kirche als Verteidiger katholischer Werte gerieren und am Rande des Rechtsextremismus agieren, wie die "Liga der polnischen Familien" (LPR).

Aber zurück zur Geschichte nach 1945 verbunden mit der Frage, was können wir heute daraus lernen. Die Abkehr von den Stereotypen, den Feindbildern und das Sich-Lösen von den biographischen und kollektiven Erfahrungen aus der Zeit vor 1945 erforderte abgesehen von dem individualpsychologischen Prozess der Ablösung Mut und Courage, und sie brauchte Zeit.

Beispiele aus den 50er, 60er und 70er Jahren gibt es zahlreiche, die Zeugnis ablegen von Verhalten von Menschen und von kleinen Gruppen, die – anfangs noch gegen den Strom kollektiver Urteile – den Weg zum Nachbarn suchten und oft, aber nicht immer, Ermutigung von seiten der Angesprochenen erfuhren.

In der Bundesrepublik und in der DDR sind beispielhaft zu nennen Aktion Sühnezeichen, die katholische Pax Christi, die westdeutsche Gewerkschaftsjugend, die katholische Junge Gemeinde in der DDR (Anna-Morawska-Seminare), einzelne Journalisten, Schriftsteller, Intellektuelle in der Bundesrepublik, katholische Intellektuelle in Polen um die Redaktionen von der Monatszeitschriften ZNAK und Wiez und die katholische Wochenzeitung Tygodnik Powszechny, Ende der 70er Jahre die politische Untergrundgruppierung PPN (Polnische Verständigung für Unabhängigkeit). Sie schwammen gegen den Strom der Ablehnung, Gleichgültigkeit, gegen alte und neue Feindbilder. Dagegen zu halten, damit fing ganz banal eine gewisse Courage an; sie zeigt sich dann, wenn einer in einer kleinen Gruppe gegen den Rest für seine Überzeugung argumentiert, nicht schweigt und sich zurückzieht. Wie schwierig ist es oft, "nein" zu sagen, oder "ja" zu sagen, wenn alle anderen "nein" sagen, sich dem Gruppenzwang zu widersetzen. Bei den Aktivisten damals ging es nicht um Leben oder Tod, sondern darum, sich zumindest "unbeliebt" zu machen (BRD) oder im schlimmen Fall staatliche Überwachung, Bespitzelung und Repression auf sich zu ziehen (DDR, VRPolen).

Auch in den beiden großen christlichen Kirchen machten die Mühen und die Widerstände sichtbar, unter welchem institutionellen und kollektiven Druck die einzelnen Personen und Gruppen der

Versöhnung Suchenden standen. Diese Mutigen und Couragierten schufen erst die mentalen Voraussetzungen für eine neue Verständigungspolitik zwischen Deutschen und Polen seit den 70er Jahren.

Nach 1990 lässt sich die These verifizieren, dass Demokratie und offene Gesellschaft notwendig, aber nicht ausreichend sind, um Verständigung zwischen Völkern zu ermöglichen. Es gibt neue Herausforderungen und Gefährdungen für die gegenseitige Verständigung, Beispiele für Rückschritte, in Polen, wo antideutsche Kollektivmythen wiederbelebt werden und es mutig, couragiert gewesen wäre, beispielsweise im Sejm im September 2004 gegen die kollektive Geschichtspolitik zu argumentieren, die wieder mit dem alten Feindbild der Deutschen hantierte – mit dem Jargon der polnischen Kommunisten der 60er Jahre, aber jetzt aus dem Munde der Rechten. Diesen Mut brachte im September 2004 kein einziger polnischer Abgeordneter auf. Die gegen die Resolution waren, zogen es vor, gar nicht erst im Parlament zu erscheinen. Und es gehört in Deutschland fast Courage dazu, gegen eine weitverbreitete öffentliche Meinung und den Stammtisch der Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts für polnische Unternehmer und Arbeitnehmer das Wort zu reden. Es gibt also weiterhin auch in der freien und pluralistischen deutschen und polnischen Gesellschaft genügend Situationen, in denen gegen den Konformismus von Vorurteilen und Stereotypen und für die Verständigung in den deutsch-polnischen Beziehungen einzutreten wäre.

Weiterhin bleibt es wichtig, den Umgang mit der Vergangenheit zu üben und bei der Beschäftigung mit der Geschichte nicht Gräben wieder aufzureißen. Darauf weisen auch die deutschen und polnischen Bischöfe in ihrem gemeinsamen Brief vom September 2005 anlässlich des 50. Jahrestags des Briefwechsels zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen auf dem II. Vatikanischen Konzil 1965 hin.